



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

zeugen kann, auf eine Kiste und drohte jedermann totzuschießen, der sich heranwagte. Darauf erhob sich in ganz Tapnicken ein Schimpfen in deutscher und in litauischer Sprache. Was denn dem Päsch einfallt? Das sei doch sonst nicht so gewesen.

Den Amtshauptmann deswegen anzusprechen wagte freilich niemand; der sah viel zu grimmig aus.

Als sich aber Bogge die Sache ansah, nickte er zustimmend mit dem Kopfe und sagte: Das ist ja orntlich vernünftig von die Poltzei.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Es läßt sich darüber streiten, ob man der Sozialdemokratie im Reichstage nicht viel zu viel Ehre antut, wenn man ihren den Rahmen der parlamentarischen Kritik weit überschreitenden Schimpferien regelmäßig eine eingehende Beachtung zuteil werden läßt. Die Reden der Sozialdemokraten werden ja weder für die Regierung noch für den Reichstag, sondern fast ausschließlich zum Fenster hinaus an die Massen gehalten, und diese erfahren von den Erwidierungen oder den Richtigstellungen, die den sozialdemokratischen Rednern in reicher Fülle zuteil werden, doch nichts. Der Mißbrauch der Tribüne des deutschen Reichstags aber, unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität die unflätigsten Äußerungen über Rußland und den Zarismus zu verbreiten, sollte einer schärfern Zügelung durch das Präsidium unterliegen, denn alle diese Hegereien und Aufstachelungen haben mit den Angelegenheiten des Deutschen Reichs und den Geschäften seines Reichstags doch nicht das geringste zu tun. Rußland wird über den asiatischen Krieg hinwegkommen und ebenso auch über seine innern Schwierigkeiten. Es gibt keine Art von innern Konflikten, die es in seiner neuern Geschichte nicht schon zu überwinden gehabt hätte und alle überwunden hat: Palastrevolutionen und Zarenmorde, Militärrevolution, Aufstände in den Städten und auf dem Lande, Hungernöte und verlustreiche Kriege. Über alle diese Schwierigkeiten ist das Zarenreich immer wieder Herr geworden und ist nach einigen Jahren der Sammlung und innern Erstarung immer wieder zur Betätigung seiner Machtfülle zurückgekehrt. Es muß zugegeben werden, daß diesmal die Häufung der Schwierigkeiten ungewöhnlich und tragisch ist. Ein unglücklich geführter Krieg von Dimensionen, wie die Weltgeschichte sie noch nie gesehen hat, und die Napoleons Zug nach Moskau weit übertreffen, eine über einen großen Teil des Landes verbreitete politische Bewegung, die zu ihrer Unterstützung eine große wirtschaftliche Bewegung hervorgerufen und sich dieser klug zu bedienen gewußt hat, dazu die Rassenkämpfe in den kaukasischen Gebieten und in Polen, die unter der Asche glimmende revolutionäre Glut, die im gegebenen Augenblick ein Luftzug aus Galizien zu einem hell auflobernden Brand ansachen kann. Der in der Presse, zumal in deutschen liberalen Blättern gegebne Rat, nach außen Frieden zu schließen, um im Innern der Schwierigkeiten Herr zu werden, ist wohlfeil. Eine besiegte heimkehrende Armee ist kein Beruhigungsmittel, und der Hinweis auf Preußen im Jahre 1807 paßt nicht auf das heutige Rußland. Preußen war in dem Neste, den der Tilsiter Frieden ihm gelassen hatte, ein homogener Staat von wenig Millionen Menschen. Da war es das gegebne Rezept, durch die geistige Wiedergeburt die nationale Wiedergeburt vorzubereiten, der unerträgliche Druck der Fremdherrschaft tat das übrige. Damit läßt sich das heutige Rußland mit seinen 130 Millionen Einwohnern und einer Bevölkerungsdichtigkeit, die zwischen 74 Köpfen auf den Quadratkilometer (in Polen) und 0,5 (in Sibirien) schwankt,

nicht im entferntesten vergleichen, noch dazu bei einer Bevölkerung, von der einige feschzig Prozent weder lesen noch schreiben können.

Wie will man die Intelligenz einiger großer Städte, die nach westeuropäischem Maße gemessen zudem recht oberflächlich ist, mit den vierzehn Millionen Mohammedanern, die Rußland bewohnen, in die Schablone eines modernen Staatswesens gießen? Für Rußland trifft durchaus zu, was der jetzige Zar einst als Großfürst-thronfolger zum Minister Miquel in Berlin äußerte: „Rußland ist kein Land, sondern ein Weltteil mit allen Zonen und allen Klimaten.“ Ein Gebiet, wo die Daseinsbedingungen für die Bewohner so verschieden sind und vielleicht noch auf ein Jahrhundert hinaus sein werden, läßt sich nicht in die starren Formen des modernen Verfassungsstaats pressen. Eine Mitwirkung der Bevölkerung an der Regierung oder auch nur an der Gesetzgebung, die sich in den homogenen westeuropäischen Kulturländern verhältnismäßig leicht erfüllen läßt, stößt in Rußland auf Schwierigkeiten, die sich durch die schönsten Theorien und durch alle Weisheit des Doktrinarismus nicht überwinden lassen. Auch das Religiöse spielt hierbei eine große Rolle. Die orthodoxe Religion ist mit dem modernen Konstitutionalismus nicht leicht vereinbar. Serbien und Bulgarien lehren uns, daß ihre demokratischen Verfassungen eigentlich nur eine große Lüge und den wirklichen Verhältnissen dieser Länder ganz und gar nicht angepaßt sind. Wenn das augenblicklich weniger in den Vordergrund tritt, so liegt die Ursache einzig in der gespannten Situation auf dem Balkan. Rumänien ist dank der großen geistigen Überlegenheit seines Königs bis jetzt damit zurechtgekommen. Man darf aber getrost sagen, daß dort nicht die Verfassung, sondern die das Land weit überragende Persönlichkeit des Königs trotz dieser Verfassung eine großartige Entwicklung geschaffen hat. Nächst dem Mohammedanismus ist keine Religion für die absolutistische Staatsform so geeignet, schafft ihr so sehr die Grundlage wie die griechisch-orthodoxe.

Will man diese Betrachtungen vom Standpunkte der Völkerpsychologie aus weiter verfolgen, so stößt man ganz von selbst auf den unheilvollen Einfluß, den alle näheren Berührungen mit Frankreich regelmäßig auf die innern Verhältnisse Rußlands geübt haben. Der Defabristenaufstand von 1825 war eine Frucht der Saat, die die russische Okkupationsarmee in Frankreich in sich aufgenommen hatte; die Erinnerung daran hatte Alexander den Dritten nicht verlassen, als er mit innerstem Widerwillen 1891 in Kronstadt beim Besuch der französischen Flotte die Marseillaise über sich ergehen ließ. Auch das ist eine Drachensaat für Rußland gewesen, aus dieser intimen Berührung zweier Extreme konnte für den in der Kultur schwächern Teil nichts Gutes hervorgehn.

Die Geschichte wird es dereinst rechtfertigen, daß die deutsche Politik Rußland in seiner gegenwärtigen ernststen Lage die Nachbarntreue bewahrt hat. Sie ist damit auf den Bahnen der preußischen Politik während des Krimkriegs und des polnischen Aufstands geblieben. Wenn es Preußen darum zu tun gewesen wäre, hätte es die Früchte dieser Politik schon im Jahre 1863 ernten können, als Kaiser Alexander der Zweite mit dem Antrage eines gemeinsamen Kriegs gegen Österreich an uns herantrat. Zu der Zeit des Frankfurter Fürstentags war das gewiß ein verführerisches Anerbieten. Aber die Weisheit und das Nationalgefühl König Wilhelms und seines großen Beraters lehnten es ab, die deutsche Frage mit Hilfe des Auslands zu lösen, und als wenig Monate später der Tod des Königs von Dänemark das Zeitalter weltgeschichtlicher Entscheidungen für uns eröffnete, trat Preußen an diese bekanntlich im Bunde mit Österreich — trotz dem Frankfurter Fürstentage — heran.

Wollte das heutige Deutschland Rußlands schwierige Lage ausbeuten, so hätte das vielleicht vorübergehend mit Erfolg geschehen können, vielleicht auch nicht, denn es ist nicht nur eine Macht in Europa, die in ihren politischen Berechnungen auf ein Zerwürfniß zwischen Deutschland und Rußland wartet und mit Freuden bereit sein würde, ein solches herbeizuführen und auszunutzen. Deshalb ist es auch töricht und ein Zeichen besondrer Kurzsichtigkeit, wenn freisinnige Organe dem

Reichskanzler „Gefühlspolitik“ vorwerfen, weil er „aus Zartgefühl gegen das von Unheil aller Art heimgesuchte Zarenreich den in diesem Augenblick zweifellos aussichtsvollen Versuch unterläßt, von den Auslieferungsverträgen mit Rußland loszukommen.“ Graf Bülow handelt so nicht aus Zartgefühl, sondern aus kluger staatsmännischer Überlegung. Stünde Bismarck heute an seiner Stelle, er würde genau ebenso verfahren. Die durch die innern Schwierigkeiten geschaffene Lage Rußlands ist am allerwenigsten dazu angetan, mit ihm wegen Aufhebung der Auslieferungsverträge in Verhandlung zu treten, sie ihm gleichsam abzupressen. Zu einer Zeit, wo in Rußland Ruhe und Ordnung herrscht, ist ein solches Thema viel eher diskutierbar als im gegenwärtigen Augenblick, wo die russischen Staatsmänner Sorgen aller Art genug haben. Wenn eins dieser freisinnigen Blätter dabei anerkennt, „volle Neutralität Rußland gegenüber sei mit Recht der Wahlspruch unsrer Regierung,“ so ist das unmittelbar an diese Erkenntnis geknüpfte Verlangen, gegenwärtig einen solchen Versuch zu unternehmen, unlogisch und widerspruchsvoll. An Rußland jetzt mit solchen Zumutungen herantreten, hieße die Neutralität verletzen, die auch von freisinniger Seite als die richtige Politik Deutschlands anerkannt wird. Es würde unweise sein, jetzt an Japan mit dem Verlangen heranzutreten, irgendeine Unbequemlichkeit in unsern Beziehungen zu ihm zu beseitigen. Ein solches Verlangen, während äußerer Kriegsnot gestellt, würde in Tokio mit Recht als Unfreundlichkeit empfunden werden. Wenn das schon bei dem siegreichen, von uns durch Tausende von Meilen getrennten Japan der Fall sein würde, um wie viel mehr bei Rußland in seiner schwierigen Lage, das uns auf ausgedehnten Land- und Seegrenzen benachbart ist und mit uns durch die vielseitigsten Interessen fortgesetzt in engster Berührung steht! Es erinnert das tatsächlich an das vor zwanzig Jahren von derselben Seite an Bismarck gestellte Verlangen, für den Fürsten Alexander von Bulgarien gegen Rußland Partei zu ergreifen. Alle solche Zumutungen erwachsen auf dem Boden eben jener „Gefühlspolitik,“ von der gerade niemand mehr beherrscht und beeinflusst wird als der deutsche Fortschrittphilister. Insbesondere ist das eine Berliner Spezialität. Begeisterten sich die Berliner doch nach den Märztagen von 1848 für dieselben Polen, die in derselben Zeit die Deutschen in der Provinz Posen an Leib und Leben, Hab und Gut bedrohten, und deren aufrührerische Tendenz damals — wie heute und immer — gegen die Zusammengehörigkeit mit dem preußischen Staate gerichtet war. Die Polen, die auf den Berliner Barrikaden kommandierten, blieben durchaus in ihrer Rolle, denn sie bekämpften das preußische Königtum, das Heer, das gesamte Gefüge des Staates.

Die Berliner haben gar keine Veranlassung, sich auf eine Revolution viel zugute zu halten, die durchaus nicht die ihrige war. Sie haben sich dazu verheßen und mißbrauchen lassen. Wie der eigentliche Kern der Bevölkerung darüber dachte, dafür legte der jubelnde Empfang Zeugnis ab, der wenig Wochen später den ersten in die Hauptstadt einrückenden Truppen zuteil wurde. Dem Schreiber dieser Zeilen steht er als einer der nachhaltigsten Eindrücke aus der Knabenzeit noch heute deutlich vor der Seele. Die Vossische Zeitung hat also gar keine Veranlassung, es dem Grafen Bülow zu verübeln, wenn er von der Berliner Märzrevolution etwas despektierlich gesprochen hat.

Gegenüber den sozialdemokratischen Deklamationen gegen Rußland und den Parisismus muß immer wieder daran erinnert werden, daß die französische Republik sowohl im Juni 1848 bei den Pariser Arbeiterschlachten wie im Mai 1871 der Kommune gegenüber hundertmal blutiger und rücksichtsloser aufgetreten ist als alle russischen Behörden und Militärbefehlshaber. Hätte Cavagnac im Februar dieses Jahres in Petersburg kommandiert, so würde die Säuberung der Straßen vielleicht den Umfang an Toten erreicht haben, den lügenhafte Berichte den Petersburger Vorgängen anzudichten versucht haben.

In dieses Milieu hinein gehört nun auch der Bebel'sche Brief an Jaurès, der aufs neue beweist, wie wenig ernst die Bebel'schen Radomontaden zu nehmen sind,

wie wenig ernst der ganze Mann zu nehmen ist. Die französische Sozialdemokratie lacht einen deutschen Parteiführer, der einen solchen Brief schreibt und drucken läßt, einfach aus, einen Brief, der im übrigen jede Unterdrückung rechtfertigt, die gegen die Sozialdemokratie jemals beabsichtigt war. Es gehört zwar heute in einzelnen Kreisen zum guten Ton, Bismarcks Bekämpfung der Sozialdemokratie ebenso wie seinen Kampf gegen den Ultramontanismus mitleidsvoll als eine Verirrung zu beurteilen und zu verurteilen. Seine Bekämpfung der Sozialdemokratie ist durch die Gefühlspolitik des Liberalismus verwässert worden, die sich zu einem gesetzgeberischen Eingreifen erst nach zwei Attentaten und einer Reichstagsauflösung entschließen konnte und auch dann noch nicht ihrer Gesetzgebung einen dauernden Charakter aufzuprägen vermochte, sondern sie von einer Legislaturperiode zur andern zum Gegenstand der Wahlparole und der Massenumschmeichlung machte. Der Kampf gegen den Ultramontanismus aber ist durch die kasuistische Gesetzgebung bereinigt worden, die nicht große Fragen, sondern einzelne Verfehlungen ins Auge faßt und ihre Zuflucht zu Polizeimaßregeln nahm. Der an das Pferd eines Gendarmen gebundene Priester hat diese ganze Bewegung zum Stillstand gebracht. Sobald Bismarck die Ungangbarkeit des Weges erkannte, hat er nicht gezögert, den Frieden mit Rom wieder herzustellen. Eine spätere vom Wust des Tagesstreites befreite Geschichte mag darüber urteilen, ob das Eintreten in den aufgezungenen Kampf oder die Herstellung des Friedens die größere Tat war. *s*

Schmollers Volkswirtschaftslehre. Voriges Jahr ist bei Duncker und Humblot der zweite Teil von Gustav Schmollers Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre erschienen. Damit ist ein Werk vollendet, das den großen encyclopädischen Werken von Roscher und Adolf Wagner würdig an die Seite tritt. Der zweite Teil enthält: „Verkehr, Handel und Geldwesen; Wert und Preis; Kapital und Arbeit; Einkommen; Krisen, Klassenkämpfe, Handelspolitik; historische Gesamtentwicklung.“ Jede Gruppe von Erscheinungen wird in zusammenfassenden Über- und Rückblicken mit kurzen, kräftigen Zügen charakterisiert und so ein Gesamtbild der heutigen wirtschaftlichen Lage, der vorhandenen Strebungen und Entwicklungsrichtungen entworfen. Wir geben zwei kleine Proben. In dem Abschnitt über „die sozialen und psychischen Folgen der Geldwirtschaft“ heißt es Seite 99: Die Sozialisten „haben darin Recht, daß die geldwirtschaftlichen Beziehungen zunächst leicht Entfremdung und Gleichgiltigkeit schaffen. Aber mit der Zeit sieht der Unternehmerverstand doch ein, daß ein tüchtiger, gut geschulter Arbeiterstand in seinem Interesse liegt. Statt der alten individuell persönlichen Beziehungen und Rücksichten entstehen neue soziale Beziehungen, Bindungen, Beeinflussungen; statt der alten entstehen neue Institutionen; die Arbeiterverbände, die Schiedsgerichte, die Hilfsklassen, die Sparkassen ersetzen dem Arbeiterstand, was früher der Leibeigne an seinem Herrn hatte. Und so auch in andern Verhältnissen. Das reine Geldverhältnis, der cash-nexus, der mit jeder Geldzahlung alle Beziehungen erledigt glaubt, existiert kaum irgendwo vollständig. Auch den Kaufmann und den Kunden verbinden dauernde sittliche Beziehungen des Vertrauens, der Anhänglichkeit; je höher die Berufe stehn, desto weniger ist der Geldempfänger mit dem bloßen Gelde zufrieden; die Ehre, die sittliche Achtung durch andre und sich selbst spielt in alles Wirtschaftsleben auch heute hinein.“ Und in der Untersuchung des Einflusses der Zollpolitik auf den Handel wird Seite 623 gesagt: „Die europäische Handelsstatistik zeigt 1800 bis 1840 einen mäßigen Fortschritt, der ebenso auf den damaligen mäßigen Wohlstand und geringen Verkehr zurückgehn wird wie auf die Schutzzölle; sie zeigt ein enormes Wachstum von 1840 bis 1880, was mit der liberalen Handelspolitik, aber wohl noch mehr mit andern Ursachen zusammenhängt; sie zeigt in England und Frankreich 1880 bis 1900 eine gewisse Stabilität, die nicht (jedenfalls nicht für England) aus der Handelspolitik allein, sondern wesentlich auch aus andern Ursachen zu erklären ist; Rußland, die Vereinigten Staaten und Oesterreich zeigen 1890 bis 1900

Fortschritte, die trotz den höhern Schutzzöllen erfolgen, die auf die Agrarausfuhr und sonstiges Gedeihen zurückgehn; Deutschland zeigt eine sehr starke Zunahme seines Außenhandels, die also wenigstens durch seine Schutzzölle nicht gehindert worden ist; sie beruht hauptsächlich auf seiner Kaufkraft für Rohstoffe, Kolonialwaren und Lebensmittel, für die wir durch Industrie- und Kapitalexport sowie durch unsre großen Reedereien die Zahlung zu beschaffen imstande waren." Einige Spezialisten haben Schmoller scharf angegriffen und über sein Werk absprechend geurteilt. Daß jeder Spezialist in seinem Fach besser Bescheid weiß als einer, der das ganze Gebiet einer Wissenschaft bearbeitet, ist bei dem heutigen Umfang und Inhalt der Wissenschaften weder zu verwundern noch zu vermeiden. Der Nachweis von einzelnen Irrtümern, falls er gelungen sein sollte, kann den Wert des vorliegenden großen Werkes nicht wesentlich beeinträchtigen.

Ein neuer Plutarch. Unter dem Titel: Goethe, Humboldt, Darwin, Haeckel hat Walther May, Privatdozent an der Technischen Hochschule in Karlsruhe (bei Enno Duehl in Berlin-Steglitz, 1904) vier Vorträge herausgegeben, die vier interessante Parallelen ziehen: Goethe und Humboldt, Goethe und Darwin, Humboldt und Darwin, Darwin und Haeckel. Das Buch ist Leuten zu empfehlen, die Belehrung in der Form angenehmer Unterhaltung lieben. Nur sollen sie das hier Dargebotne nicht ohne eigne Kritik oder den Beistand eines kritischen Beraters hinnehmen. Zwar gegen die geistreich und mit Verständnis durchgeführten Parallelen ist nichts einzuwenden, und in dem über Humboldt Gesagten findet sich nichts Bedenkliches. Auch die Frage, wie weit Goethe für die Deszendenztheorie in Anspruch genommen werden dürfe, wird mit anerkennenswerter Vorsicht und Gründlichkeit behandelt, aber den Dioskuren Darwin und Haeckel steht der Verfasser mit so unbeschränkter Bewunderung gegenüber, daß er auf Kritik vollständig verzichtet. Gerade das nichtfachmännische Publikum, zu dem er spricht, hat doch Anspruch darauf, zu erfahren, wie die beiden vom Standpunkte der heutigen Biologie und Philosophie aus zu beurteilen sind. Er erwähnt nur, mit Ausdrücken entschiedner Mißbilligung, die Einwendungen, die Virchow 1877 auf der Münchner Naturforscherversammlung gegen die von Haeckel geforderte Einführung der darwinischen Hypothese in die Schulen erhoben hatte, aber damit ist weder die darwinische noch die haeckelsche Form der Entwicklungslehre kritisiert.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

